

E.I.R.GmbH

Nachrichtenagentur & Verlag

EIR Daily Alert Vol. 1, Nr. 5

Freitag, 13. Oktober 2023

Leitartikel:

Lassen wir uns wieder betrügen? Es könnte das letzte Mal sein.

12. Oktober 2023 (EIRNS) - In den letzten Tagen haben sich westliche Regierungen und das Establishment in einer Weise für die Verteidigung Israels eingesetzt, die selbst den üblichen Scharfmachern die Schamesröte ins Gesicht treiben sollte. Außenminister Antony Blinken sagte bei seiner Ankunft in Israel am Donnerstag: "Wir stehen hinter dem israelischen Volk. Wir stehen heute hinter ihm. Wir stehen morgen hinter ihm. Das wird jeden Tag so sein." Doch selbst Blinken wurde von Bundeskanzler Olaf Scholz übertroffen, der am Donnerstag sagte: "Unsere eigene Geschichte, unsere Verantwortung, die sich aus dem Holocaust ergibt, macht es für uns zu einer bleibenden Aufgabe, für die Sicherheit des Staates Israel einzutreten."

Zumindest in Deutschland, Frankreich, Kanada und Großbritannien wurde jede Demonstration für Palästina für illegal erklärt, und wer dagegen verstößt, wird verhaftet. In den USA ist man noch nicht so extrem, aber selbst die bescheidensten Aufrufe zu einem Waffenstillstand und die Infragestellung der Unfehlbarkeit der israelischen Regierung werden verurteilt. Und das, obwohl Israel den Gazastreifen vollständig belagert und die Versorgung mit Wasser, Treibstoff und Strom unterbrochen hat - zusätzlich zu einer unerbittlichen Bombardierungskampagne.

Die Angriffe der Hamas auf Israel seit dem vergangenen Wochenende waren zweifellos abscheulich, und die Spannungen sind verständlicherweise sehr hoch. Aber es gibt ein Problem mit dieser Sicht: Welches Israel sollen wir unterstützen? Welche der innenpolitischen Fraktionen, von denen jede radikal unterschiedliche Ansichten über die Lösung der Krise hat, ist das wahre Israel? Wie diese Publikation

(https://larouchepub.com/pr/2023/20231010_israelis_enraged.html) und andere zeigen, gibt es in Israel einen innenpolitischen Streit und eine enorme Wut auf Premierminister Benjamin Netanjahu, den viele für die tödliche Eskalation verantwortlich machen. Es gibt viele in Israel, die nicht glauben, dass es in Israels Interesse ist, einen umfassenden Angriff auf die Hamas zu starten und seine arabischen Nachbarn für immer zu vernichten. Warum sprechen westliche Diplomaten das nicht an?

Die eigentliche Frage lautet also: Wer will wen in einen kompletten Krieg in Südwestasien hineinziehen und in wessen Interesse liegt das?

Ähnlich wie bei der Krise in der Ukraine gehört dies in den Bereich der Geopolitik. Die gegenwärtige Krise und die Reaktionen darauf haben immer weniger mit Interessen und Akteuren zu tun, die vordergründig vor uns auf der Bühne stehen, sondern immer mehr mit ganz anderen Interessen. Überall auf der Welt läuft eine beispiellose Propagandakampagne, um die Massen für weitere Kriege zu agitieren. Sie ist gespickt mit grausamen Videos und Bildern von Gräueltaten, die nichts anderes bewirken, als schlimmste Emotionen zu wecken.

Erinnern Sie sich an Bucha, Izyum und die ukrainischen Waisenkinder? In der Ukraine hat der Bruderkrieg das Land zugrunde gerichtet und Hunderttausende seiner Bürger das Leben gekostet, so wie es jetzt in und um Israel zu geschehen droht. Die Zukunft der Ukraine sieht düster aus, wenn sie und die Welt den eskalierenden Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland überhaupt überleben. Nur ein Narr würde glauben, dass dieser Konflikt im wirklichen Interesse der Ukraine liegt.

Echte staatsmännische Entscheidungen lassen sich nicht von Emotionen überwältigen. Nehmen wir die Äußerungen der französischen Außenministerin Catherine Colonna, die am Mittwoch erklärte, ein unabhängiger palästinensischer Staat sei "unserer Meinung nach die einzige Lösung, die es beiden Völkern [Israelis und Palästinensern] langfristig ermöglicht, in Frieden und Sicherheit zu leben. Wenn die Zeit reif ist, müssen wir uns wieder an die Arbeit machen, um Lösungen zu finden, die einen politischen Dialog ermöglichen, um eine politische Perspektive wiederherzustellen und wenn möglich Frieden zu schaffen".

Colonna wurde vom ehemaligen französischen Premierminister Dominique de Villepin zitiert, der am Donnerstag sagte, die Zweistaatenlösung sei "heute mehr denn je die einzige Lösung" und "die beste Sicherheitsgarantie, die Israel haben kann". Villepin betonte auch, dass "Israel eine Mitverantwortung trägt, weil es alles getan hat, um zu spalten".

Man muss innehalten und nachdenken: Wie werden die anderen Regierungen in der Region reagieren, die die Folgen dieses Krieges zu spüren bekommen? Werden sie die Flucht nach vorne antreten und versuchen, "Partei zu ergreifen"? Die Arabische Liga hat jedenfalls am Mittwoch eine Dringlichkeitssitzung einberufen, bei der die Außenminister einen sofortigen Waffenstillstand, dringende humanitäre Hilfe und eine Zweistaatenlösung gefordert haben. Auch die Präsidenten der Türkei, Saudi-Arabiens, Algeriens, Irans, Jordaniens und vieler anderer Länder riefen zu einer Deeskalation des Konflikts und zu sofortigen Verhandlungen im Interesse beider Seiten auf. Der russische Außenminister Sergei Lawrow sagte nach einem Treffen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in Kirgisistan, man müsse sich auch auf die "Substanz des Problems" konzentrieren.

Im Gegensatz dazu haben die USA einen Flugzeugträgerverband in die Region entsandt und scheinen eine weitere Marineeinheit zu entsenden.

Noch moderater äußerte sich der russische Präsident Putin, der darauf hinwies, dass man Mitgefühl für beide Seiten haben und erkennen müsse, dass der endlose Kreislauf der Ungerechtigkeit das Problem niemals lösen werde. In seiner Rede auf dem Forum der Russischen Energiewoche am Mittwoch sagte Putin: "Wir verstehen, dass die Verbitterung auf beiden Seiten immens ist, aber unabhängig von ihrem Ausmaß sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um die Verluste unter der Zivilbevölkerung zu minimieren oder auf Null zu reduzieren. [...] Das Problem kann nicht in seiner Gesamtheit gelöst werden, ohne die grundlegenden politischen Fragen anzugehen, von denen die wichtigste die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates mit seiner Hauptstadt in Ost-Jerusalem ist", sagte er.

Doch eine dauerhafte Lösung liegt auf einer noch höheren Ebene. Wie Helga Zepp-LaRouche betonte, kann nur eine neue Sicherheits- und Entwicklungsarchitektur auf globaler Ebene, die die Interessen aller Nationen berücksichtigt, diese Art von Mehrgenerationenkonflikten lösen. Sie können niemals innerhalb einer bestimmten Region oder innerhalb des derzeit versagenden politischen Systems gelöst werden, sondern nur durch eine Veränderung des Kontextes, in dem das Problem existiert - in diesem Fall ein im Niedergang begriffenes oligarchisches System, von dem die geopolitischen Konflikte im so genannten Nahen Osten nur ein Symptom sind.

In einer Rede an der Central Connecticut State University im Jahr 2009 sprach Lyndon LaRouche das Problem Südwestasiens folgendermaßen an: "Betrachten Sie den Nahen Osten nicht als etwas, das seine eigene Geschichte hat, sondern den als etwas, das sich im geschichtlichen Prozess befindet.

"Und betrachten Sie es nicht als einen rein israelisch-arabischen Konflikt. Ignorieren Sie ihn nicht, aber betrachten Sie ihn nicht isoliert. Denn der Konflikt

wird nicht von den Israelis oder den Arabern bestimmt. Er wird von internationalen Kräften bestimmt, die auf diese Region schauen. Es ist der Schnittpunkt zwischen dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean, den Beziehungen zwischen Europa und Asien, den Beziehungen zwischen Europa und Ostafrika und vieles mehr."

"So muss man das betrachten, was man hier sieht."

"Schauen Sie zurück und fragen Sie sich: Wie kamen die Briten auf die Idee - wie im Sykes-Picot-Vertrag -, die arabische Bevölkerung und die spätere israelische Bevölkerung ständig im Streit zu halten? Sie haben sich gegenseitig umgebracht für ein Land, das es eigentlich nicht wert war, darum zu kämpfen."

"Und man sitzt da voller Verzweiflung und fragt sich: Werden diese Menschen sich einfach gegenseitig umbringen, bis sie ausgestorben sind? Bringen sie sich gegenseitig um, bis sie ausgerottet sind? Was ist hier los?"

"Jemand spielt mit ihnen. Jemand spielt mit ihnen und inszeniert die Situation".

"Wir müssen uns also von den Konflikten zwischen Nationen und Regionen lösen und eine Alternative zu den Konflikten an sich finden, indem wir das identifizieren, was uns als unabhängige, souveräne Nationen durch unser gemeinsames Ziel verbindet, anstatt nur nach Lösungen für die Konflikte zu suchen, die wir jetzt zwischen uns austragen. Das ist die einzige Chance, die wir haben. Und wenn man sich die Möglichkeiten für diese Region anschaut, zum Beispiel Südwestasien, dann wird die einzige Chance nicht aus Südwestasien selbst kommen. Wir werden und müssen natürlich für diese Region tun, was wir können, um das Blutvergießen und das Leid zu beenden und den Krieg zu verhindern. Aber wir werden nicht erfolgreich sein, wenn wir nicht die Geschichte und die Welt, in der diese Region liegt, verändern."

Nächste Woche beginnt Chinas drittes Belt and Road Forum, an dem 130 Länder teilnehmen, um über die wirtschaftliche Entwicklung über Kontinente und Zivilisationen hinweg zu diskutieren. Dies ist ein guter Ausgangspunkt, um die Welt auf diese höhere Ebene zu bringen.

Inhalt:

STRATEGISCHE KONFRONTATION

- Erdoğan initiiert Gespräche zur Freilassung israelischer Geiseln und zur Beendigung des Konflikts
- Putin spricht auf russischer Energiewoche und verspottet europäische Politik
- Mehr Waffen für das Kiewer Regime
- Einheiten der Marineinfanterie aus Kuwait "aufgrund der aktuellen Ereignisse" abgezogen
- Israel verursacht eine humanitäre Katastrophe in Gaza
- Putin ruft zur Deeskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts auf und fordert einen palästinensischen Staat
- Arabische Liga beruft Dringlichkeitssitzung ein

NEUE STRATEGISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ARCHITEKTUR

- Auch Brasilien will mehr Öl und Gas fördern

STRATEGISCHE KONFRONTATION

Erdoğan initiiert Gespräche zur Freilassung israelischer Geiseln und zur Beendigung des Konflikts

12. Oktober 2023 (EIRNS)--Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat Verhandlungen mit der Hamas über die Freilassung der von militanten Palästinensern entführten israelischen Geiseln aufgenommen, wie eine offizielle türkische Quelle der Nachrichtenagentur AFP am 11. Oktober mitteilte. "Sie verhandeln über die Freilassung der Geiseln", sagte die Quelle und bestätigte damit einen Bericht des privaten Fernsehsenders Habertürk.

Erdogan sprach auch mit dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman, dem algerischen Präsidenten Abdelmadjid Tebboune, dem Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate Mohammed bin Zayed Al Nahyan und dem jordanischen König Abdullah II.

Erdoğan wurde mit den Worten zitiert, man sei im Namen der Türkei "bereit, alles in unserer Macht Stehende zu tun", einschließlich Vermittlung und "fairer Schlichtung", um den Konflikt rasch zu beenden.

Putin spricht auf russischer Energiewoche und verspottet europäische Politik

12. Oktober 2023 (EIRNS)--Der russische Präsident Wladimir Putin sprach gestern auf dem Internationalen Forum der Russischen Energiewoche (11.-13. Oktober), an dem 4.000 Vertreter des russischen und internationalen Energiesektors teilnahmen. In der Plenarsitzung sprach auch der Premierminister der Republik Irak, Muhammed Shia Al Sudani, der als erster arabischer Regierungschef an diesem jährlich stattfindenden Forum teilnahm.

In Bezug auf die Energiepolitik der Europäischen Union verwies der russische Präsident auf das unsinnige Verhalten Deutschlands in Bezug auf Nord Stream 2 und sagte, dass Russland Deutschland mit 27,5 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr über den verbleibenden Abschnitt von Nord Stream 2 versorgen könnte, aber Deutschland es vorziehe, mehr für Gas aus anderen Ländern zu bezahlen. "Ich halte das für ein wirtschaftlich törichtes Verhalten. Es ist, als würde man die deutsche Wirtschaft absichtlich untergraben. Ich verstehe einfach nicht, warum man Deutschland über die Ukraine mit Gas versorgen kann, aber sagt, das sei über Nord Stream 2 nicht möglich. Warum kann man Polen nicht anbieten, die Jamal-Europa-Pipeline zu öffnen? Das verstehe ich einfach nicht", so Putin.

Er fügte hinzu, dass es Europa sei, das sich weigere, russisches Gas zu kaufen, während Russland bereit sei, es zu verkaufen. Er wies darauf hin, dass die Europäer weiterhin teures Flüssigerdgas aus den USA kaufen würden, was ihrer eigenen Wirtschaft schade. In seiner Rede sagte Putin auch, dass "das moderne politische System [des Westens] nicht immer die klügsten Leute an die Spitze bringt". Putin sprach auch über Russlands Atomkraftwerke, die von der internationalen Gemeinschaft als die sichersten der Welt anerkannt werden. "Die Kernkraftwerke russischer Bauart gehören in der Tat zu den sichersten der Welt, denn unsere Experten haben ein Sicherheitssystem entwickelt, das unbegrenzt erweiterbar ist. Man kann es in immer größerem Maßstab nachbauen, so oft man will, es ist nur eine Frage des Geldes", sagte er. Er erklärte, dass Russland einheimische Unternehmen einlade, in Kernkraftwerken zu arbeiten, und wies darauf hin, dass Rosatom für 80 Prozent des weltweiten Baus von Kernkraftwerken verantwortlich sei.

Mehr Waffen für das Kiewer Regime

12. Oktober 2023 (EIRNS)--Die Verteidigungs-Kontaktgruppe für die Ukraine ist am 11. Oktober zu ihrem 16. Treffen zusammengekommen.

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin kündigte an, dass Deutschland im Rahmen eines 11,1-Milliarden-Dollar-Pakets zehn Leopard-A1-Panzer und weitere Flugabwehrsysteme an die Ukraine liefern werde, Spanien zusätzliche HAWK-Flugabwehrsysteme und Ausbildungshilfe bereitstellen werde, Schweden ein 200-Millionen-Dollar-Paket mit Artilleriemunition schicken und Bulgarien die ukrainischen S-300-Flugabwehrbatterien unterstützen werde. Frankreich werde weitere CAESAR-Haubitzen liefern, so Austin weiter, und auch Großbritannien und Kanada würden ihre militärische Unterstützung für das Kiewer Regime verstärken.

Es überraschte nicht, dass die Frage aufkam, ob die USA in der Lage seien, sowohl die Ukraine als auch Israel gleichzeitig zu unterstützen. "Was unsere Fähigkeit betrifft, sowohl die Bemühungen in der Ukraine als auch in Israel zu unterstützen, so können wir beides tun und werden es auch tun", sagte Austin. Die USA seien dazu in der Lage, weil "wir die stärkste Nation der Welt sind".

Das neue Waffenpaket, das das Weiße Haus gestern ankündigte, enthält keine ATACMS-Raketen. "Ich habe heute keine Ankündigungen über ATACMS zu machen", sagte Austin und fügte hinzu, das Verteidigungsministerium konzentriere sich auf das, was die Ukraine seiner Meinung nach jetzt brauche.

Was die F-16 betrifft, so werden sich die USA verstärkt an der Ausbildung ukrainischer Piloten beteiligen. Die Flugzeuge werden aber frühestens im nächsten Frühjahr eintreffen. Gleichzeitig kündigte die Biden-Administration ein neues US-Waffenpaket für die Ukraine an, die 48. Tranche aus den Beständen des Pentagons seit 2021 im Wert von 200 Millionen Dollar, die vor allem aus Luftabwehr, Artillerie und Munition für Kleinwaffen besteht.

Anwesend war auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskij, der zum ersten Mal an einem solchen Treffen teilnahm. Laut Associated Press unterstreicht seine Anwesenheit "die wachsende Besorgnis über die Risse in der einst starken internationalen Unterstützung für Kiew in seinem Krieg gegen die russische Invasion und die Sorge, dass die ukrainischen Streitkräfte keine messbaren Fortschritte bei der Gegenoffensive gemacht haben, während der Winter vor der Tür steht". Und trotz seiner öffentlichen Bekundungen, Israel uneingeschränkt zu unterstützen, ist Zelenskij wirklich besorgt, dass es den Waffenfluss in die Ukraine unterbrechen könnte. "Natürlich haben alle Angst, und ich glaube, dass auch Russland darauf setzt, dass die Unterstützung aufgeteilt wird", sagte Zelenskij auf einer Pressekonferenz mit dem belgischen Premierminister Alexander De Croo.

De Croo kündigte auf derselben Pressekonferenz an, dass Belgien sich verpflichtet habe, F-16 an die Ukraine zu liefern, obwohl die belgischen Flugzeuge erst 2025 zur Verfügung stehen werden.

Einheiten der Marineinfanterie aus Kuwait "aufgrund der aktuellen Ereignisse" abgezogen

Oct. 12, 2023 (EIRNS)--Die Marine Corps Times berichtete gestern Nachmittag, dass Teile der 26. Marine Expeditionary Unit (MEU), die an einer Übung in Kuwait teilnahmen, "aufgrund der aktuellen Ereignisse" vorzeitig abberufen wurden. Die Marines und Matrosen, die sich auf dem amphibischen Angriffsschiff USS Bataan und dem Docklandungsschiff USS Carter Hall befanden, "sind nicht mehr in der Nähe von Kuwait", sagte Capt. Angelica White, eine Sprecherin der Einheit, der Marine Corps Times.

Sie erhielten den Befehl, innerhalb von 48 Stunden nach ihrer Landung in Kuwait zu ihren Schiffen zurückzukehren, "um sich auf weitere Einsätze vorzubereiten, die sich aus neuen Entwicklungen ergeben", sagte White in einer per E-Mail verschickten Erklärung. Es ist nicht klar, wann sie Kuwait verlassen haben, aber die Sprecherin sagte, dass sie sich seit gestern Nachmittag in der Nähe von Bahrain befinden. Wohin die Reise geht, wollte sie nicht sagen.

Ihre Mission sei höchstwahrscheinlich die Rettung israelischer Geiseln in Gaza, aber der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates, John Kirby, konnte nicht sagen, ob eine solche Entscheidung getroffen worden sei. "Wir haben einfach nicht genug Informationen, um solche Entscheidungen zu treffen", sagte er Reportern auf einer Pressekonferenz. "Wir sprechen nicht nur mit den Israelis darüber, wie eine Geiselnbefreiung aussehen könnte, sondern auch mit anderen Verbündeten und Partnern in der Region. Es gibt einige Länder wie Katar, die eine direkte Verbindung zur Hamas haben", fügte Kirby hinzu und betonte, dass Washington in dieser Angelegenheit mit Doha in Kontakt stehe.

Was die Flugzeugträger-Kampfgruppe USS Dwight Eisenhower betrifft, sagte Kirby nur, dass sie sicherlich zur Verfügung stehe, wenn sie gebraucht werde.

Israel verursacht eine humanitäre Katastrophe in Gaza

12. Oktober 2023 (EIRNS)--Die israelischen Maßnahmen gegen den Gazastreifen werden - vielleicht absichtlich - zu einer kollektiven Bestrafung der gesamten Zivilbevölkerung der Enklave führen. Der israelische Energieminister Israel Katz verkündete gestern, dass es in Gaza kein Wasser und keinen Strom

geben werde, bis die Geiseln zurückgegeben werden. "Humanitäre Hilfe für Gaza? Kein Lichtschalter wird angeknipst, keine Wasserpumpe geöffnet und kein Tankwagen wird einfahren, bis die entführten Israelis nach Hause zurückgekehrt sind", schrieb er in einem Tweet auf X. "Humanitäres im Austausch für Humanitäres. Und niemand kann uns Moral predigen", schrieb er. Dem einzigen Kraftwerk in Gaza ging gestern der Brennstoff aus, und Krankenhäuser und das palästinensische Gesundheitsministerium warnten, dass den Krankenhäusern am Donnerstag, den 12. Oktober, der Treibstoff ausgehen würde, was zu "katastrophalen" Bedingungen führen würde.

Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) warnt, dass sich die Krankenhäuser ohne Strom in Leichenhäuser verwandeln werden. Hisham Mhanna, IKRK-Sprecher in Gaza, erklärte gegenüber dem Fernsehsender Al Arabiya TV, dass die Krankenhäuser bereits ohne Strom seien und sprach von schwerwiegenden Folgen der Krise: "Der fehlende Strom wird sich massiv auf das medizinische System auswirken - auf die Krankenhäuser und die Gesundheitsversorgung. Auch die Infrastruktur ist beschädigt, so dass Krankenwagen die Krankenhäuser nicht mehr erreichen können", sagte Mhanna gegenüber Al Arabiya English. "Ohne Strom kann das zu einer katastrophalen Situation führen."

In den Krankenhäusern werden Schwerverletzte eingeliefert, Babys liegen in Brutkästen und Patienten sind an Sauerstoffleitungen angeschlossen. "Ohne Strom werden die Krankenhäuser zu Leichenhäusern", sagte er. Die Krankenhäuser haben keinen Treibstoff und keine Lebensmittel", unterstrich er den Ernst der Lage. Mhanna betonte: "Wir haben eine Nahrungsmittelkrise, eine Treibstoffkrise, eine Umweltkrise und eine Krise der Hoffnung. Die Menschen fürchten um das Leben ihrer Kinder und haben Angst, dass sie am nächsten Morgen nicht mehr aufwachen. Die israelischen Angriffe seien beispiellos und die Menschen in Gaza sähen einer ungewissen Zukunft entgegen. Mit der Verschärfung der Krise werde die Zahl der Binnenflüchtlinge im Gazastreifen dramatisch ansteigen, so Mhanna.

Die israelische Nichtregierungsorganisation B'Tselem bezeichnete das israelische Vorgehen in Gaza als Kriegsverbrechen. Karim Jabran, Sprecher von B'Tselem, die Menschenrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten dokumentiert, sagte der Nachrichtenagentur Anadolu, Gallants explizite Erklärung, den Gazastreifen von Wasser, Strom, Treibstoff und lebenswichtigen Gütern abzuschneiden, komme einem "Kriegsverbrechen" gleich. Er sagte, dass der Gazastreifen ständig auf die tägliche Versorgung angewiesen sei und dass die Blockade von humanitärer Hilfe, medizinischer Versorgung, Wasser und Elektrizität für die bombardierte Bevölkerung eine weitere Art von Töten und Zerstören sei.

Jabran sagte: "Ein Verbrechen kann niemals ein anderes legitimieren; trotz der Verurteilung des Vorfalles gibt dies Israel kein grünes Licht, Kriegsverbrechen gegen unschuldige Bürger in Gaza zu begehen." In einer früheren Erklärung sagte B'Tselem, dass in Gaza eine "verbrecherische Politik der Rache" im Gange sei und dass es "keine Rechtfertigung für diese Aktionen gibt, die Kriegsverbrechen darstellen, die offen von hochrangigen israelischen Offiziellen angeordnet wurden".

"Selbst im Angesicht von Terror und Schrecken ist es immer verboten, Zivilisten, ihr Eigentum und die zivile Infrastruktur zu attackieren", heißt es in der Erklärung. Und weiter: "Im Gegensatz zu dem, was israelische Minister andeuten, ist diese Politik nicht neu, sondern wird seit vielen Jahren gegenüber dem Gazastreifen angewandt."

Das palästinensische Gesundheitsministerium teilte heute Morgen mit, dass die Zahl der palästinensischen Todesopfer im Gazastreifen auf 1.203 gestiegen ist, 5.763 wurden verletzt, dazu kommen 29 Tote und 180 Verletzte im Westjordanland. In Israel stieg die Zahl der Toten auf rund 1.300 und die der Verletzten auf rund 3.300.

Putin ruft zur Deeskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts auf und fordert einen palästinensischen Staat

12. Oktober 2023 (EIRNS)--Russlands Präsident Wladimir Putin hat gestern auf der russischen Energiewoche die Entwicklungen im russischen Öl- und Gassektor erläutert, sich in der Fragerunde aber auch klar zur Geschichte und Komplexität des aktuellen israelisch-palästinensischen Konflikts geäußert.

"Ursprünglich, als die Entscheidung getroffen wurde, den Staat Israel zu gründen, gab es parallel dazu die Entscheidung, einen zweiten Staat zu gründen. Ursprünglich ging es darum, zwei unabhängige und souveräne Staaten zu schaffen - Israel und Palästina", zitiert TASS Putin. "Wie wir wissen, wurde Israel tatsächlich gegründet, während Palästina nie als unabhängiger und souveräner Staat gegründet wurde", betonte Putin und fügte hinzu, dass dies "auf eine Vielzahl von Umständen zurückzuführen" sei. Israel habe militärische Gewalt eingesetzt, um palästinensisches Land zu besetzen.

Putin sagte, das Palästina-Problem dauere schon seit Jahrzehnten an und sei "für jeden, der den Islam praktiziert, eine Herzensangelegenheit". [...] Das sind offensichtliche Dinge. Und die Menschen sehen das alles - nicht nur das, was jetzt passiert, sondern was seit Jahrzehnten passiert - als eine Manifestation der Ungerechtigkeit, die sich dramatisch verschärft hat. Und warum? Weil am Anfang, als die Entscheidung getroffen wurde, den Staat Israel zu gründen,

gleichzeitig die Entscheidung getroffen wurde, einen zweiten Staat zu gründen", sagte Putin, der sich der Notwendigkeit einer ruhigen und besonnenen Herangehensweise an die Lösung des Konflikts bewusst ist: "Wir verstehen, dass die Verbitterung auf beiden Seiten immens ist, aber unabhängig von ihrem Ausmaß sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um die Verluste unter der Zivilbevölkerung zu minimieren oder auf Null zu reduzieren."

"Wir wissen nicht, ob sich die Lage in absehbarer Zeit beruhigen wird, aber es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, denn eine Ausweitung der Konfliktzone könnte dramatische Folgen haben, auch für den Energiesektor", sagte Putin und bezog sich dabei direkt auf die USA als Verursacher der Krise. "Es gibt Lösungsmechanismen, aber die USA haben sie in den letzten Jahren vernachlässigt und es vorgezogen, alles im Alleingang zu regeln. Sie haben diese Mechanismen nicht genutzt und sich stattdessen ausschließlich darauf konzentriert, die materiellen Bedürfnisse der Menschen in den palästinensischen Gebieten zu befriedigen. [...] Man kann das Problem aber nicht in seiner Gesamtheit lösen, ohne die grundlegenden politischen Fragen anzugehen, von denen die wichtigste die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates mit seiner Hauptstadt in Ost-Jerusalem ist. "

Er machte auch die israelische Siedlungspolitik für den Ausbruch des Konflikts mitverantwortlich. In einem Interview am Rande der Veranstaltung wies Putin gleichzeitig auf die gescheiterten Versuche der USA hin, die Region zu verwalten. "Die Tatsache des Scheiterns ist jetzt offensichtlich", sagte Putin dem Fernsehsender Al-Ghad, dessen Moderator Amro Abdelhamid die Plenarsitzung moderierte. (<https://www.rt.com/news/584689-putin-israel-palestine-peace/>).

Die USA hätten sich "praktisch von den früheren internationalen Instrumenten zur Lösung dieses Problems", an denen Russland und andere beteiligt gewesen seien, entfernt und "den Einigungsprozess praktisch monopolisiert", so Putin. Irgendwann habe die Palästinensische Autonomiebehörde "eine Reihe von sehr ernstern Erklärungen abgeben und deutlich machen müssen, dass sie nicht bereit ist, die [von den USA] vorgeschlagenen 'Prinzipien' zu akzeptieren", fügte Putin hinzu.

Insgesamt betonte er, dass es sich um ein "komplexes und sehr sensibles" Thema handele, bei dem alle Beteiligten auf provokative Äußerungen verzichten und die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung so gering wie möglich halten müssten.

Arabische Liga beruft Dringlichkeitssitzung ein

12. Oktober 2023 (EIRNS)--Die Außenminister der Arabischen Liga sind am 11. Oktober in Kairo zusammengekommen, um dringende Maßnahmen zur Beendigung der Gewalt zwischen Israel und Gaza zu fordern. Sie verlangten einen sofortigen Waffenstillstand und verurteilten jegliche Gewalt gegen Zivilisten. Außerdem riefen sie zu dringender humanitärer Hilfe auf.

Eine wichtige Rolle scheint Saudi-Arabien zu spielen, was einige im Westen irritiert, weil es sich nicht auf die Seite Israels stellt. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Ahmed Aboul Gheit, sagte laut der Agentur Anadolu in seiner Eröffnungsrede: "Wir zeigen unsere Solidarität mit den Palästinensern in Gaza, weil sie einem Massaker ausgesetzt sind, das sofort gestoppt und verurteilt werden muss". Gheit machte dafür auch den langfristig "versperrten politischen Horizont" und den fortgesetzten israelischen Siedlungsbau verantwortlich.

Die Minister forderten Israel auch auf, seinen Verpflichtungen für eine Zweistaatenlösung nachzukommen. "Der Weg zu Sicherheit und Stabilität in der Region ist ein gerechter, dauerhafter und umfassender Frieden, der alle legitimen Rechte des palästinensischen Volkes respektiert", betonten die arabischen Außenminister. Der marokkanische Außenminister Nasser Bourita forderte die internationalen Parteien auf, "echte Konsultationen zu unterstützen, um den Friedensprozess wiederzubeleben", und rief die Welt dazu auf, "einen Fahrplan mit praktischen Zielen, einschließlich eines Zeitplans" für Verhandlungen zu entwickeln, so ein Artikel in der chinesischen Tageszeitung People's Daily. (<http://en.people.cn/n3/2023/1012/c90000-20082620.html>)

NEUE STRATEGISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ARCHITEKTUR

Auch Brasilien will mehr Öl und Gas fördern

12. Oktober 2023 (EIRNS) - Es ist bekannt, dass die Lula-Regierung in Brasilien den Übergang zu einer "grünen" Wirtschaft vehement unterstützt, aber das bedeutet nicht, dass sie auf den Ausbau ihrer Ölindustrie verzichten wird. Energieminister Alexandre Silveira verteidigt die Politik der Regierung, die Öl- und Gasexploration zu verstärken, unter anderem durch die Genehmigung der Erkundung vor der Küste des Amazonasgebiets (von dem unwissende Umweltschützer behaupten, es handele sich um "unberührte Natur" und nicht um einen vom Menschen geschaffenen Naturschatz).

Die Financial Times (FT) nahm Anstoß an dieser Politik und protestierte in einem Artikel vom 27. September, dass "in der gleichen Woche, in der Lula vor der UN-Vollversammlung sagte, dass die Klimakrise 'an unsere Tür klopft, unsere Häuser, unsere Städte, unsere Länder zerstört, unsere Brüder tötet und ihnen Leid zufügt', Silveira dafür plädierte, die Erkundungsbohrungen in einem ökologisch sensiblen Gebiet fortzusetzen, wo der Amazonas in den Atlantik mündet. (<https://www.ft.com/content/f13aef43-ca58-49d6-b825-891e54670910>)

Silveira sagte der Times: "Das brasilianische Volk hat das Recht, seine Rohstoffvorkommen zu kennen, egal ob sie auf dem Land oder vor der Küste liegen. [...] Ich sehe keinen Widerspruch zwischen der Erkundung von Öl und Gas und der klaren, objektiven, sicheren und festen Entscheidung, die Energiewende auf gerechte und integrative Weise durchzuführen. Die Realität in der Welt ist, dass wir immer noch fossile Brennstoffe brauchen". Die FT kritisierte, dass Brasilien bis 2030 zum sechstgrößten Erdölproduzenten der Welt aufsteigen werde, wenn die aktuellen Projekte realisiert würden. Die brasilianische Regierung geht jedoch davon aus, dass Brasilien zum viertgrößten Erdölproduzenten nach den USA, Saudi-Arabien und Russland aufsteigen könnte, wenn vor der Küste Amazoniens Reserven von bis zu 30 Milliarden Barrel Öläquivalent entdeckt werden.